

Zeitschrift: Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung
Band: 56 (1981)
Heft: 5

Artikel: Ein Nachrichtendienst kann nur arbeiten, wenn er geheim ist
Autor: Auer, Felix
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-705317>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Nachrichtendienst kann nur arbeiten, wenn er geheim ist

Nationalrat Dr Felix Auer, Bottmingen BL

Zu Beginn der März-Session der eidgenössischen Räte diskutierte der Nationalrat aufgrund des – ausgewogenen – Berichtes der Geschäftsprüfungskommission die Angelegenheit Bachmann-Schilling und allgemeine Fragen des Nachrichtendienstes. Aus der Vielzahl von Reden verdient diejenige von Nationalrat Dr Felix Auer, FDP, hervorgehoben zu werden, welche die Problematik jedes Nachrichtendienstes, aber auch dessen unbedingte Notwendigkeit und legitimen Bedürfnisse darlegte. Die Untertitel stammen von der Redaktion.



Sie kennen den Bericht: gut, ausführlich, nüchtern, aufklärend, konstruktiv. Was aber schrieb zuvor ein Teil der Presse? Und was wurde hier behauptet? Ich zitiere: «Brisante Enthüllungen», «Die Sache wird immer dubioser», «Das Drama des Nachrichtendienstes», «EMD-Skandal», «EMD-Mafia», «Nachrichten-Skandal», «Bundesrat Chevallaz fand ein Skelett im Schrank», «Renitente zwielfichtige Beamte», «Unbekannte Hintermänner», «Das Geschwür muss ausgestochen werden».

Dazu kamen Verdächtigungen, Mutmassungen, Behauptungen, Gerüchte, Kolportagen: Einer unserer Kollegen hat mit seiner diesbezüglichen Betriebsamkeit erreicht, dass wir im «Blick» – nebst Clay Regazzoni, Kurt Felix und seiner Paola, Prinz Charles und seiner Diana Spencer, Mäni Weber, Hormonkälbern, Ursula Andress und Jack the Ripper – auch immer wieder den Namen unseres lieben Alfons Müller lesen konnten.

Im Gegensatz zu einem meiner Vorredner bin ich nicht der Meinung, Herr Müller habe voll Recht bekommen: Ein grosser Teil seiner Verdächtigungen bleiben bloss Verdächtigungen. Wesentlich Neues, Überraschendes, Sensationelles brachte der Bericht der Untersuchungskommission nicht.

Herr Müller musste wissen – aufgrund seiner früheren Einsichten und früheren Berichten – dass sein Gewährsmann L alles andere als ein Mann der Gewähr ist. L ist seit Jahren «ein geradezu manischer Bachmann-Gegner» wie selbst die «Weltwoche» (24.1.1980) schrieb. L hatte schon 1976 nicht nur Bachmann, sondern auch einen anderen höheren Offizier – nicht Jeanmaire – als Doppelagent bezeichnet und Behauptungen aufgestellt, die – wer nur einige Menschenkenntnisse hat –, leicht als dubios,

um es höflich zu sagen, erkannt werden mussten.

Herr Müller, Sie haben in einem Ihrer zahlreichen Interviews behauptet, die Angelegenheit Schilling habe «zu einem Totalschaden des schweizerischen Nachrichtendienstes geführt». Ich bitte Sie, einmal in einer stillen Stunde zu überlegen, ob – trotz all Ihrer Verdienste – möglicherweise nicht gewisse Ihrer Aktivitäten dem Nachrichtendienst mehr geschadet haben! Das freilich entschuldigt die von massgebenden Leuten des EMD begangenen Fehler nicht. Weitere der früher geäusserten Verdächtigungen: Bachmann habe Gelder der SAVAG und aus Südafrika bezogen, auch Bankengelder. Wenn er mit einem Direktor einer Grossbank befreundet ist, dann ist der Nachrichtendienst bereits von dieser Grossbank finanziert worden, selbstverständlich nur zur Bekämpfung des Feindes im Innern... und von da zur Achse Bachmann-Cincera war's ja nur ein kleiner Schritt. «Möglicherweise», schrieb eine Zeitung, «geht es um eine Affäre, die den Fall Jeanmaire glatt in den Schatten stellt». Der Eisberg habe «erst die Spitze gezeigt», schlussfolgerte eine andere.

Läppische Übertreibungen

Nun, der Bericht ist nützlich, auch wenn der Eisberg, an den früheren Anklagen gemessen, bloss eine Maus geboren hat. «Ein Fall Watergate nach helvetischen Zuschnitt», wie eine Bundesratspartei hatte verlauten lassen, ist es jedenfalls nicht. Die von einem meiner Vorredner gespielte Empörung ist nicht am Platze. Es wurden Fehler begangen: Es gab ungenügende Strukturen, Pannen und persönliche Reibereien; es mangelte an Führung.

Allerdings, wenn wir Nachrichtendienst weiter betreiben wollen – und das müssen wir –, dann müssen wir auch aufhören, ihn derart in die Öffentlichkeit zu ziehen! Ein Nachrichtendienst, will er mehr erfahren, als ohnehin erfahren werden kann, muss illegal sein. Er ist im Staatsinteresse eine «legale Illegalität». Er muss Gesetze anderer Länder verletzen, in gleicher Weise wie die Spionage in unserem Land unsere Gesetze verletzt. Das ist der Zwiespalt, von dem Herr Braunschweig sprach, und der hier zu akzeptieren ist.

Die besondere Situation des Nachrichtendienstes

Der Nachrichtendienst kann deshalb auch nicht in gleicher Weise rechtlich, hierarchisch und demokratisch strukturiert sein wie andere staatliche Tätigkeiten. Weil er sich in Grau- und Dunkelzonen bewegt, weil der Nachrichtenoffizier nicht wissen darf, was der andere, sein Kamerad, weiss und tut, kommt es in den Nachrichtendiensten auch immer wieder zu Eifersüchteleien, persönlichen Intrigen und Rivalitäten, zu bedauerlichen Merkwürdigkeiten, die

man allerdings bei allen Nachrichtendiensten, auch im Ausland, feststellen kann.

Ein Nachrichtendienst muss aber auch mit dem Ausland zusammenarbeiten. Aber weil er dies tut – und weil er zu illegalen Handlungen von der Sache her verpflichtet ist –, ist die Verantwortung dem leitenden Offizier zu überbürden, aber nicht der Regierung. Unser Wehrminister hat die Qualität des Nachrichtendienstes zu überprüfen, was er meist nur im Nachhinein tun kann, aber er hat nicht die Verantwortung für Einsätze und für unvermeidliche Pannen zu übernehmen. Mit Recht erklärte Bundesrat Gnägi, sein Name sei Hase, er wisse von nichts. Aber weil der Nachrichtenoffizier die Verantwortung allein zu tragen hat, muss er auch wissen, dass er bei einer Panne aus dem Dienst gezogen werden muss. Der Fall Bachmann-Schilling ist dafür geradezu ein klassisches Beispiel.

Geeignete Leute und Gentlemen einsetzen

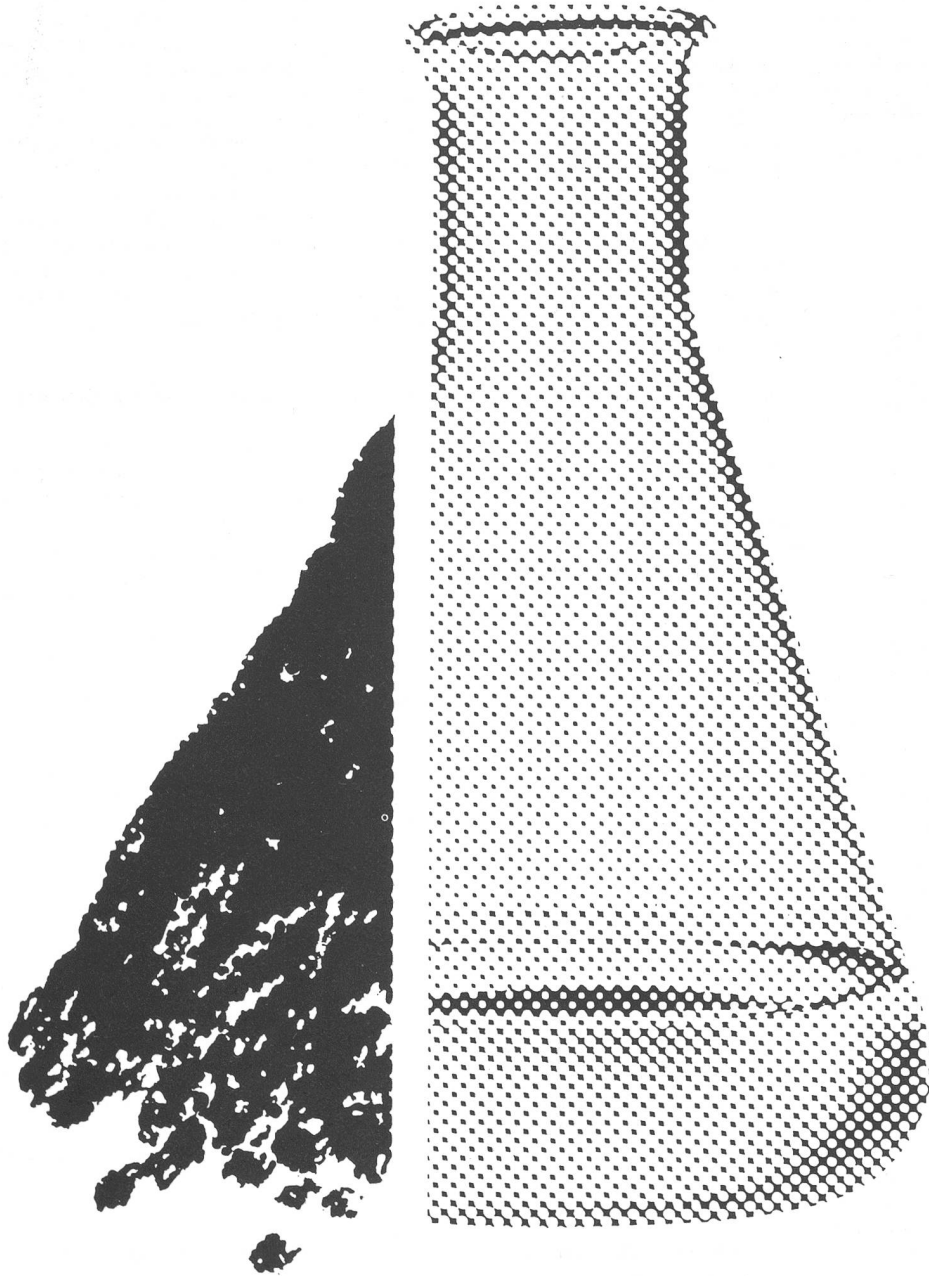
In unserem Milizsystem muss ein Nachrichtendienst auch mit sogenannten privaten Nachrichtendiensten zusammenarbeiten. Man wird wohl kaum jemandem heute einen Strick drehen, weil sich unsere Armee im Zweiten Weltkrieg auch vom Büro Hausammann, von Otto Pünter oder von Roessler informieren liess, wobei freilich Roessler von der Roten Kapelle eingesetzt war und diese bekanntlich von der Sowjetunion.

Von den Schlussfolgerungen der Kommission scheint mir die wichtigste, dass für den Nachrichtendienst nicht nur – oder primär – Berufsoffiziere eingesetzt werden, sondern auch Nichtmilitärs mit in einem Sonderstatut. Damit könnten vermehrt gute Mitarbeiter gefunden werden, Mitarbeiter, die gebildet sind und Sachkenntnisse haben, begabt, initiativ, risikobereit, selbstlos und verschwiegen sind, die kombinieren, Vertrauen erwecken und Spreu vom Weizen unterscheiden können, die Fingerspitzengefühl haben und dem Staat gegenüber absolut loyal sind. Einen Nachrichtendienst kann man nicht verwalten und nicht reglementieren; kein begabter und kein einsatzfreudiger Offizier, Unteroffizier oder Soldat würde sonst mitmachen! In einem englischen Spionagebuch heisst es, der Nachrichtendienst sei ein derart schmutziges Geschäft, das er nur von Gentlemen betrieben werden könne.

Unqualifizierte Kritik hat Schaden gestiftet!

Ich hoffe, dass es vermehrt gelingt, solche Leute zu finden. Aber es ist bekannt, dass wegen des öffentlichen Klamauks bereits Milizoffiziere aus dem Nachrichtendienst ausgeschieden sind, weil sie eine der wichtigsten Voraussetzungen – oder die wichtigste – eines Nachrichtendienstes nicht mehr erfüllt sahen, nämlich seine Verschwiegenheit. Ein Nachrichtendienst kann nur arbeiten, wenn er geheim ist. Wer Nachrichtenquellen preisgibt, sorgt automatisch dafür, dass sie versiegen. Ein Nachricht-

Die Rohstoffvorräte unserer Erde sind begrenzt und werden zusehends kleiner. Wenn der heutige Lebensstandard bei uns gehalten und in den Entwicklungsländern entscheidend verbessert werden soll, wird man je länger, desto stärker auf die Forschung und Produktion der Chemischen Industrie angewiesen sein. Auf diese zählen zu können, ist eine grosse Chance für die gesamte Menschheit, nicht nur für die Chemie.



SANDOZ
Sandoz AG Basel

tenmann muss sich auf die Verschwiegenheit seines Vorgesetzten – möglichst nur eines einzigen – verlassen können. Insofern sind Bedenken gegenüber der weiteren Forderung der Kommission am Platze, die parlamentarische Aufsicht sei zu verstärken. Sie ist gewiss so zu verstärken, dass sich die aufgezeigten Fehler tunlichst nicht wiederholen. Aber man kann und muss sich klar sein, dass die parlamentarische Kontrolle die Qualität der Nachrichtenbeschaffung nicht hebt und

sie verhindert vor allem auch keine Pannen. Ein Nachrichtendienst, der etwas taugen soll, entzieht sich der parlamentarischen Kontrolle, denn er lebt von der Verschwiegenheit. Jede Offenheit lähmt ihn. Ein guter Informant geht niemals das Risiko ein, für einen Nachrichtendienst mit offenen Büchern zu arbeiten. Ein letztes: Ein Nachrichtenmann wird nur bekannt, wenn ihm eine Panne unterläuft. Ein guter Nachrichtenmann wird nicht bekannt. Viele von den besten des Zweiten Weltkrieges

stehen in keinen Annalen und haben ihre Geheimnisse mit ins Grab genommen. Man weiss nicht, wer Rössler aus dem OKW informierte; wir wissen nicht, wer auf deutscher Seite die Wikinglinie von Major Waibel gespiesen hat. Weil einem guten Nachrichtenmann das Erfolgserlebnis weitgehend fehlt und seine Verdienste in keinem Jahresbericht gewürdigt werden können, muss er auch ausserhalb des normalen Weges rang- oder besoldungsmässig befördert werden können.



Wieviel Unaufrichtigkeit verträgt eigentlich die Demokratie?

Major i Gst Dominique Brunner, Zürich

Unsere Neu-, Alt- und sonstwie extremen Linien tragen wechselnde Masken, wenn Fragen, die die militärische Landesverteidigung berühren, zur Diskussion stehen. Am ehrlichsten – wenn auch natürlich nicht wirklich ehrlich – ist noch die kommunistische alte Garde Moskauer Observanz. Wie sie aus ihren freundschaftlichen Beziehungen zu den Moskauer Machthabern, deren in byzantinischem Kolossalstil abgehaltene Parteikongresse sie gerne aufsucht, eigentlich keinen Hehl macht, verwahrt sie sich regelmässig gegen eine angemessene Technisierung unserer Armee und macht damit deutlich, dass sie keine schlagkräftige, dissuasiv wirkende Schweizer Armee wünscht. Schon erheblich unaufrichtiger sind die Exponenten der sogenannten Progressiven, die gerne tun, als ob sie Moskau nichts angehe, obwohl sie in der Praxis – und namentlich wenn es um die militärische Selbstbehauptung unseres Kleinstaates geht – in auffallender Übereinstimmung mit der Moskauer Generallinie operieren. Diese zielt – das lehrt die langjährige Geschichte der propagandistisch angelegten sowjetischen Vortösse unter dem Titel «Abrüstung» und der sowjetischen «Friedens»-Propaganda generell – auf die Zersetzung des Wehrwillens in den «kapitalistischen» Staaten und die Schwächung deren materieller Wehrkraft ab.

Die angeblich von Friedensliebe inspirierten sowjetischen Vorschläge zu den in Europa stehenden Atomwaffen mittlerer Reichweite (LRTNF) bilden eine sehr aktuelle Illustration dieser Aussage: In einem Zeitpunkt, da der Westen über etwas mehr als 200 Bomber, die in diese Kategorie fallen, und keine Lenk Waffen verfügt, empfiehlt der über 500 Lenk Waffen (SS-20, SS-4, SS-5) und mehr als 300 Bomber dieser Art verfügende Kreml einen Rüstungsstopp auf diesem Stand und entblödet sich nicht, solches als friedenserhaltenden Schritt hinzustellen... (unter wohlwollendem und dummem Nicken bekannter europäischer Sozialdemokraten!).

Wölfe im sozialdemokratischen Schafpelz

Und dann haben wir es schliesslich mit der tristesten Sorte zu tun, bestimmen Leuten in

den Reihen der sozialdemokratischen Bundesratspartei, die sich keine Gelegenheit entgehen lassen, Armee und Wehrwille schlecht zu machen und zu schwächen, die aber gerne darauf pochen, sie seien durchaus für die Landesverteidigung. Sucht man sie dabei zu behaften, so sind sie, bar jeder Scham, um allerdings durchsichtige Ausflüchte nie verlegen. Hat man gerade ein sachlich begründetes Rüstungsprogramm abgelehnt, so rechtfertigt man sich damit, die Milizarmee vertrage nicht soviel Technik oder die Finanzlage des Bundes verlange eben auch von der Armee Opfer oder unsere Waffen kämen aus NATO-Staaten, was die Glaubwürdigkeit der Neutralität gefährde, oder, die entlarvendste aller Ausreden, man sei eben für eine Partisanenarmee.

Linke Lügen

Am 18. März beriet der Nationalrat eine parlamentarische Initiative des POCH-Mannes Herzog, der die Beschlüsse über die Beschaffung von Kriegsmaterial im Wert von über 100 Millionen dem fakultativen Referendum zu unterstellen verlangt. Im Rahmen dieser Debatte fiel zweimal von einer Seite, die nicht für leichtfertige Äusserungen bekannt ist, das Wort «Lüge». Nationalrat Dr Rudolf Friedrich und Bundesrat Georges-André Chevallaz traten damit unmissverständlich den dreisten Verdrehungen Herzogs bezüglich des Verhältnisses zwischen Militär- und Sozialausgaben entgegen. Und das war wohltuend. Und ebenso wohltuend war der aus dem Herzen kommende Ausdruck, mit welchem Ständerat Munz gleichentags im Rahmen der TV-Sendung «Cafe fédéral» alt Friedensratspräsident Braunschweig angesichts dessen schamloser Heuchelei in Sachen Beschaffung von Kriegsmaterial in NATO-Staaten charakterisierte. In der Tat: Wer die sehr streng kontrollierte schweizerische Waffenausfuhr ständig gewissermassen als Verbrechen hinstellt und wer noch nie den kleinen Finger gerührt hat, um eine bessere Berücksichtigung der einheimischen Industrie bei der Rüstungsbeschaffung herbeizuführen, ist moralisch nicht berechtigt, Kritik daran zu üben, dass wir – notgedrungen – bestimmte Waffen und Geräte im Ausland einkaufen müssen.

Die Unaufrichtigkeit, von der die Rede ist, kam nun in der erwähnten Debatte im Ratsplenum wie auch am Fernsehen klar zum Ausdruck. Die Herren Herzog, Braunschweig, Ziegler, Grobet, Bäumlín – ein Professor der Jurisprudenz notabene – überboten sich in Bekenntnissen zur demokratischen Willensbildung. Kein Wort gegen die Armee. Ja, diese, wurde suggeriert, würde davon profitieren, wenn sich der Souverän zu einzelnen Rüstungsprogrammen vernehmen lassen könnte. Es gehe nur um mehr Transparenz und bessere Kontrolle durch das Volk.

Die wahre Absicht: Lahmlegung unserer Rüstung

Diese Herrschaften halten den Bürger wirklich für dumm, wenn sie glauben, dass er ihnen diese Begründung abnimmt. Der Bürger ist durchaus in der Lage, über militärische Grundsatzzfragen zu entscheiden. Und er hat es auch immer wieder getan – und hat fast immer gegen die Empfehlungen eben dieser ideologischen Ecke entschieden (der Souverän hat zum Beispiel zwei gegen eine allfällige Atombewaffnung unserer Armee gerichtete Initiativen, eine auf ein Verbot der Waffenausfuhr zielende Initiative und die Zivildienstvorlage verworfen). Bei Rüstungsvorlagen geht es indessen nicht um Grundsatzzfragen, sondern um ausgesprochene Fachfragen. Infolgedessen würde in der solchen Abstimmungen vorausgehenden Diskussion fast nur noch vom Geld geredet, und die für bestimmte Beschaffungen verlangten Beträge würden aus dem Zusammenhang gerissen und damit aufgebraucht. Das ist ja, was die hier anvisierten Kreise auch laufend tun: die «Milliarden» für das EMD betonen, deren Anteil an den Bundesausgaben (um die 20%), an den Ausgaben der öffentlichen Hand (etwa 7–8%), am Bruttosozialprodukt (etwa 2%) indessen geflissentlich unterschlagen.

So könnte in der Tat gelegentlich eine Beschaffung scheitern, und man kann sicher sein, dass die vorgenannten Biedermänner und ihre Gesinnungsgenossen alles dafür täten. Aber das ist nicht einmal das Entscheidende. Gefährlicher wäre die generelle Unsicherheit, die gestiftet